

ALLES GLOBAL – KOMMT DER SOZIALSTAAT UNTER DRUCK?*

1. Beschleunigte Globalisierung auf den Güter- und Finanzmärkten	92
2. Arbeitsteilung als Ursache für Wohlstandsmehrung	92
3. Schatten der Globalisierung: steigende Ungleichheit	95
4. Globalisierung und die Rolle des Staates	99
5. Internationale Kooperation	104
6. Wir leben unter unseren Verhältnissen	105
7. Wohlstand für alle	107

* Dieser Artikel basiert auf dem Vortrag und der Diskussion bei der gleichlautenden Veranstaltung von AK OÖ und VHS der Stadt Linz („Linzer Gespräch“) vom 28. November 2007.

Auszug aus **WISO 3/2008**

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@akooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Peter Bofinger

**Professor für
Volkswirtschaftslehre
an der Universität
Würzburg, Mitglied im
Sachverständigenrat
zur Begutachtung der
der gesamt-
wirtschaftlichen
Entwicklung (die fünf
Wirtschaftsweisen)**

1. Beschleunigte Globalisierung auf den Güter- und Finanzmärkten

Mitte 1990er-Jahre: Raum für Globalisierung deutlich ausgeweitet

Die Globalisierung hatte in den letzten Jahrzehnten eine steigende Tendenz. Seit Mitte der 1990er-Jahre wurde der Raum, in dem Globalisierung betrieben werden kann, deutlich ausgeweitet. Osteuropäische Länder und der ganze chinesische Raum kamen als Handelspartner hinzu. Auch durch Technologien, wie etwa das Internet, verbreiterten sich die Möglichkeiten für weltweiten Güteraustausch.

Der zunehmende Anstieg des Welthandels – die Globalisierung der Gütermärkte – wurde begleitet von einer deutlichen Zunahme der Finanzmarktintegration, der Globalisierung der Finanzmärkte (gemessen an den internationalen Kapitalströmen bezogen auf das Weltbruttoinlandsprodukt). Die durchschnittlichen Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts seit dem Jahr 1980 zeigen, dass alle Länder reicher geworden sind. Es gibt eigentlich kaum ein Land, dessen Wohlfahrt insgesamt gesunken ist. Die asiatischen Länder haben deutlich hinzugewonnen, Deutschland hat etwas besser als die GUS abgeschnitten, Österreich ist besser als die EU.

2. Arbeitsteilung als Ursache für Wohlstandsmehrung

Adam Smith

Die Volkswirtschaftslehre hat sich – seit es sie gibt – mit der Frage der Globalisierung auseinandergesetzt. Adam Smith befasste sich in seinem Buch „Wohlstand der Nation“ schon im Jahr 1776 genau mit der Frage: „Was bestimmt den Wohlstand der Nation?“, „Wie werden Nationen reicher?“. Sein Befund war, dass die wichtigste Ursache für Wohlstandsmehrung die Arbeitsteilung ist. Arbeitsteilung bedeutet, dass die Produktivität steigt.

Smith hat das sehr eindrucksvoll am Beispiel der Produktion von Stecknadeln gezeigt. Ein Arbeiter kann die ganze Steck-

nadel herstellen, aber die Produktion kann auch auf 18 Arbeitsgänge aufgeteilt werden – verbunden mit einer großen Produktivitätssteigerung. Im Grunde ist das nichts anderes als das, was viele Unternehmen heute machen – die Aufteilung der Produktion in Wertschöpfungsketten. Unternehmen nutzen die globalen Märkte – was kann ich wo und wie am billigsten produzieren? Adam Smith hat damals schon erkannt, dass diese Arbeitsteilung umso besser wahrgenommen werden kann, je größer der Raum ist, in dem sie betrieben wird. Arbeitsteilung zum Beispiel nur in Linz ist besser, als gar keine zu machen. Arbeitsteilung in ganz Oberösterreich ist besser als nur in Linz.

2.1. Globalisierung ist kein Nullsummenspiel

Wichtig ist zu erkennen, dass diese Globalisierung kein Nullsummenspiel ist. Der Gewinn von Ländern, die jetzt aufholen, bedeutet nicht den Verlust von Ländern, die an der Spitze stehen. Das ist für viele nicht ganz klar zu erkennen, da sie im Wohlstand eine Torte mit vorgegebenem Radius sehen. Wenn das chinesische Tortenstück größer wird, dann muss das deutsche bzw. österreichische Tortenstück kleiner werden. Der/Die Ökonom/-in aber sagt: „Die Torte insgesamt wächst.“ Bei dieser wachsenden Torte kann es sein, dass sowohl das chinesische als auch das deutsche und österreichische Tortenstück wachsen. Es kann allerdings auch das österreichische Stück schneller wachsen als das deutsche. Das Potenzial ist da, dass jeder ein größeres Stück von der Torte hat. Die Erfahrung zeigt relativ klar, dass in den letzten Jahren in der Globalisierung kein Land insgesamt ärmer geworden ist. Wenn Länder wirklich ärmer geworden sind, war es, weil sie nicht an der Globalisierung beteiligt waren, zum Beispiel aufgrund von Kriegen oder Unruhen. Adam Smith ist also eindeutig bestätigt worden.

*Wohlstand ist
keine Torte mit
vorgegebenem
Radius*

David Ricardo

Ein weiterer Ökonom, der sich die Ursachen und Determinanten der Arbeitsteilung genauer angesehen hat, ist David Ricardo. Seine Erkenntnis war: Auch ärmere Länder können von der Globalisierung profitieren. Wichtig ist, dass sich jeder darauf spezialisiert, was er relativ am kostengünstigsten produzieren kann. Ricardo hat damals schon versucht, seine Landsleute davon zu überzeugen, dass der Freihandel eine gute Sache ist – gut für die Volkswirtschaft. Dadurch haben wir die Chance, insgesamt reicher zu werden.

2.2. Verlierer/-innen der Globalisierung

*Job des
Sozialstaates
ist es, Verlierern
zu helfen*

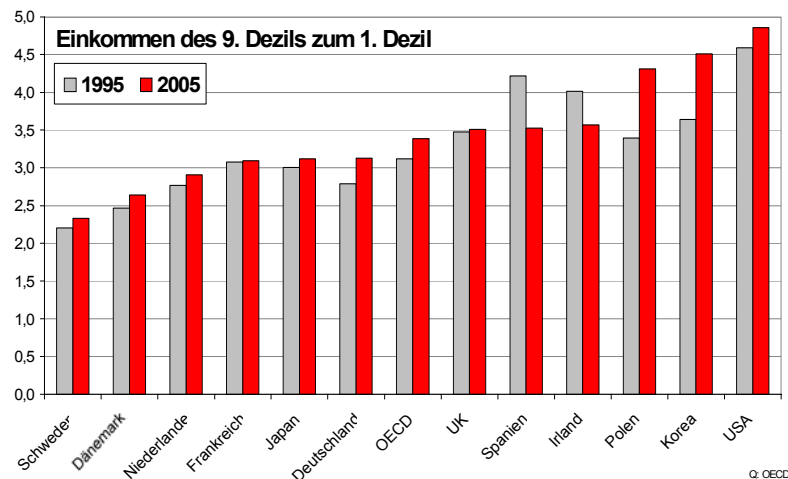
Innerhalb einer gesamten Volkswirtschaft gibt es allerdings immer auch Verlierer/-innen. Nämlich die, die von diesem Strukturwandel ganz direkt betroffen sind. Globalisierung bedeutet, dass die Industriearbeit in Ländern wie Österreich tendenziell zurückgeht und dass die Menschen in diesen Bereichen versuchen müssen, mehr im Dienstleistungsbereich unterzukommen. Das bedeutet natürlich Härte. Es ist der Job des Sozialstaates, über Unterstützungen, Weiterbildungsmaßnahmen, durch vernünftige Arbeitsmarktpolitik etc. den Leuten zu helfen, dass sie möglichst schnell und mit möglichst geringer Reibung wieder neue Jobs bekommen.

Mit Strukturwandel sind immer Übergangsprobleme verbunden. In der Industrie gibt es „den Industriearbeiter“ heute eigentlich nicht mehr. Die heutigen Industrieunternehmen sind entpersonalisiert und hochtechnologisch, es stehen nicht mehr Tausende am Fließband. Auch „der einfache Arbeiter“ ist in der Industrie nicht mehr präsent, sondern in den Dienstleistungsbereich rübergewandelt. Diese Veränderung ist immer schmerzhaft, aber die Alternative wäre Stillstand. Daher muss die Gesellschaft versuchen, das alles zu begleiten. Man muss bei älteren Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen in die Weiterbildung investieren, dass sie auch mit 40 oder 50 Jahren in der Lage sind, in andere Bereiche zu kommen.

3. Schatten der Globalisierung: steigende Ungleichheit

Wo es Licht gibt, da gibt es auch Schatten. Der an sich gute Befund, dass Globalisierung alle reicher macht, gilt nur eingeschränkt. Der Schatten, der sich auf die Entwicklung der letzten Jahre legt, ist die Einkommensverteilung, die überall ungleicher geworden ist. Ungleicher in dem Sinn, dass sich der Einkommensabstand derjenigen, die zu den 10 Prozent am besten Verdienenden gehören, im Vergleich zu denen, die zu den 10 Prozent am schlechtesten Verdienenden gehören, auseinanderentwickelt hat (Verhältnis 9. zu 1. Dezil). Die Relation im OECD-Durchschnitt lag im Jahr 1995 bei 3,1 und ist jetzt auf 3,4 gestiegen. Der Befund ist klar: In der Globalisierung wird die Einkommensverteilung ungleicher.

Abbildung 1: Steigende Einkommensungleichheit



Im Grunde geht Globalisierung zulasten der Menschen mit geringerer Qualifikation, deren Arbeitsmarktprobleme tendenziell erhöht wurden. Die Arbeitslosenquoten nach Qualifikation

Globalisierung geht zulasten Geringqualifizierter

in Deutschland, der EU-15 und der OECD zeigen: Je schlechter die Qualifikation, desto höher sind die Arbeitslosenquoten. Im Vergleich zu Menschen mit einer besseren Qualifikation haben Geringqualifizierte sowohl von ihrer Einkommens- als auch Arbeitsmarktposition her deutlich mehr Probleme.

*Heckscher-
Ohlin-Theorie*

Auch dieses Ergebnis, dass die Globalisierung zwar insgesamt den Wohlstand erhöht, aber innerhalb von Volkswirtschaften die Verteilung verändert, ist in der ökonomischen Theorie seit Langem bekannt. Das ist die Theorie nach den Herren Heckscher und Ohlin, die ein ausgesprochen kompliziertes Theorem entwickelt haben. Der einfache Kern dieser Theorie besagt: Für die Position der Menschen mit geringer Qualifikation in hoch entwickelten Ländern ist es im Grunde egal, ob z. B. Chinesen mit geringer Qualifikation zu Fuß nach Deutschland oder Österreich kommen oder ob man Waren kauft, in denen diese gering qualifizierte Arbeit drinnensteckt.

Es gibt sehr viele Geringqualifizierte in der Welt, die – werden die Märkte geöffnet – in Konkurrenz zu den Geringqualifizierten in den hoch entwickelten Ländern treten und dort die Löhne nach unten drücken. Hochqualifizierte gibt es gar nicht so viele in der Welt, sodass die Hochqualifizierten z. B. in Österreich oder Deutschland als Ingenieure, als Berater, als Entwickler eher knapper werden und deren Löhne eher in die Höhe gehen. Das war in Kurzform das Heckscher-Ohlin-Modell. Globalisierung ist insgesamt gut, hat aber Gewinner/-innen und Verlierer/-innen in den Volkswirtschaften.

3.1. Einkommensverteilung

In Deutschland und in Österreich hat sich die Einkommensverteilung massiv zugunsten der Vermögens- und Unternehmens-einkommen geändert. Das spiegelt in beiden Ländern die extrem zurückhaltende Lohnpolitik wider. In Deutschland hatten wir 2005, 2006 faktisch brutto und nominell nur jeweils 1 Prozent Lohnerhöhung. Das ist ein Problem, das speziell in

Deutschland, Österreich und Japan in dieser Form besteht. Japan, wo die Löhne überhaupt nicht mehr steigen, kommt deswegen auch aus der Deflation nicht heraus. Es braucht normale Lohnerhöhungen, damit der Laden läuft. Das ist für eine insgesamt gesunde Wirtschaft wichtig. Denn unter extremer Lohnzurückhaltung leidet die Binnenwirtschaft. Wirtschaft ist nicht nur Industrie, sondern auch Dienstleistung oder Bau. In Deutschland, wo der private Verbrauch seit sieben Jahren stagniert, ist klar: je exportorientierter, desto besser war die Entwicklung – und je binnenorientierter, desto schlechter.

*Lohnzurück-
haltung schadet
Binnenwirtschaft*

Die Wirtschaft müsste erkennen, dass die ungleiche Verteilung für die Breite der Wirtschaft ein Problem darstellt. „Wenn's den Menschen gut geht, dann geht es auch der Wirtschaft gut.“ Wenn der Bauer will, dass die Kuh Milch gibt, dann muss er ihr auch ordentlich zu fressen geben. Wenn ich will, dass meine Arbeitnehmer/-innen etwas kaufen, dann muss ich ihnen auch ordentlich Geld geben. Oder ich lebe davon, dass es irgendwo anders – im Ausland – Leute gibt, die bereit sind, etwas auszugeben. Damit in der Breite der Wirtschaft Dynamik möglich ist, braucht es ein ordentliches Einkommenswachstum, wenn dies vom Inland ausgehen soll.

*ungleiche
Verteilung ist
Problem für die
Wirtschaft*

In Deutschland sind die Exporte seit 2000 preisbereinigt um 65 Prozent gewachsen. Bei der Binnennachfrage (Konsum, privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen und Bau) macht der Zuwachs nur zwei Prozent aus – binnenwirtschaftliche Stagnation seit sieben Jahren. Wenn wir in den letzten fünf Jahren jedes Jahr die Löhne um einen Prozentpunkt mehr erhöht hätten, dann wären unsere Exportprodukte (die einen Lohnanteil von maximal einem Fünftel aufweisen) heute vielleicht um ein bis zwei Prozent teurer. Das hätte angesichts der Exportdynamik bei den spezialisierten deutschen Exportprodukten nicht sehr viel ausgemacht. Wir hätten aber heute auch fünf Prozent mehr Kaufkraft unserer Arbeitnehmer/-innen und vielleicht auch mehr Dynamik im Baubereich.

3.2. Produktivitätsorientierte Lohnpolitik

*Richtschnur für
Lohnpolitik*

Zunächst gilt als Richtschnur für die Lohnpolitik: Produktivitätsfortschritt plus Inflationsausgleich. Eine solche produktivitätsorientierte Lohnpolitik, wie sie auch der Sachverständigenrat in Deutschland in den 1960er-Jahren entwickelt hat, sollte der Maßstab sein. Idealerweise sollten in der Währungsunion alle Länder einfach für den Inflationsausgleich den Wert von 1,9 Prozent ansetzen, das versteht die EZB als stabilitätsorientierte Inflationsentwicklung, und darauf den nationalen Produktivitätsfortschritt dazuschlagen. Dann hätten wir keine Verspannung in der Währungsunion. Produktivitätsfortschritt gibt es nicht nur in der Industrie, sondern in der gesamten Wirtschaft. Wir haben in Deutschland über Jahre so viel Lohnzurückhaltung gehabt, dass man gar nicht mehr weiß, was eine normale Lohnentwicklung ist.

*Renten-
diskussion von
Interessen-
gruppen
getrieben*

Neben den Löhnen leisten auch die Pensionen einen beträchtlichen Beitrag zur Binnennachfrage. In Deutschland sind die Rentner/-innen aber sehr schlecht weggekommen. Bei uns gibt es eine Kapitaldeckung, die „Riester-Rente“ (staatlich geförderte, privat finanzierte Altersvorsorge). Und in dem Maße, in dem die Riester-Rente ausgeweitet wurde, wurde der Rentenanstieg bei den Renten gekürzt. Was völlig absurd ist. Wenn jemand die Riester-Rente aufbaut, dann wirkt das, was er dafür bezahlt, wie eine Sozialabgabe, was sein Nettoeinkommen schmälert. Und da die Renten am Nettoeinkommen orientiert sind, kriegt der Rentner jedes Mal weniger, wenn die Riester-Rente ausgebaut wird. Die Rentendiskussion ist sehr von Interessengruppen getrieben und hat viele problematische Aspekte. Etwa dass jemand wie ich vom Staat eine Subvention für die Riester-Rente bekommt, ohne dafür mehr sparen zu müssen. Solche staatlichen Subventionen sind absurd. Für Versicherungen ist das klarerweise ein Riesengeschäft, wenn der Staat das Ansparen bei Versicherungen subventioniert.

4. Globalisierung und die Rolle des Staates

Wie haben eigentlich die Staaten auf die Globalisierung reagiert, bzw. welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Rolle des Staates? Das kann man an der sogenannten Staatsquote messen, also an den Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Quote liegt in der OECD insgesamt bei 40 Prozent und hat sich von 1989 bis 2007 nur wenig verändert. Im Euroraum gab es bis 1999 einen gewissen Rückgang. Dass die Globalisierung dem Nationalstaat tendenziell die Möglichkeit nimmt, so zu handeln, wie er das bisher gemacht hat, ist nicht erkennbar.

*Staatsquote
relativ stabil*

Dieser Befund ist noch eindeutiger bei Betrachtung der Einnahmen des Staates. Es heißt ja auch, der Nationalstaat habe Schwierigkeiten, in dieser Situation der Globalisierung Einnahmen zu generieren. Das hieße, die etwas rückläufige Staatsquote spiegelt die Tatsache der höheren Budgetdefizite Anfang der 1990er-Jahre im Euroraum wider. Das ließe sich auch noch auf rückläufige Unternehmenssteuern zurückführen. Der Spitzensteuersatz bei der Körperschaftsteuer in Europa ist zwar zurückgegangen, aber das Steueraufkommen von Körperschaften und jenes vom Faktor Kapital, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, ist relativ stabil. Denn sehr häufig wird der Steuersatz gesenkt, aber die Steuerbasis verbreitert.

Die Steuersenkungen in Deutschland haben aber dazu geführt, dass die Einnahmenbasis des Staates nachhaltig geschwächt worden ist. Der Staat musste seine Ausgaben senken, die Handlungsfähigkeit des Staates (Infrastruktur, Bildungspolitik) wurde massiv eingeschränkt. Ein systematisches Absenken der Steuerquote ist gefährlich. Denn das bedeutet die Entwicklung hin zu einem Staatsmodell wie dem US-amerikanischen. Ich bezahle mit meinen Steuern eine niedrige Basisrate, aber qualitativ hochwertige Leistungen kosten jeweils extra – die Bildung der Kinder, die Sicherheit, die Krankheitsvorsorge.

*systematisches
Absenken der
Steuerquote ist
gefährlich*

4.1. Globalisierung erfordert nicht den Minimal- oder Magerstaat

*unterschiedliche
Staatsmodelle*

Die Staatsquote ist ein interessanter Indikator, weil sie den Umfang der Staatstätigkeit beschreibt. Es gibt nach wie vor unterschiedliche Modelle des Staates: den relativ „mageren“ Staat (Irland, Schweiz, Japan, Griechenland) und Modelle, wo der Staat relativ viele Ressourcen in Anspruch nimmt (Österreich, Dänemark, Frankreich, Schweden). Nach der Theorie vieler Ökonomen ist eigentlich der magere Staat das überlegene Modell, der fette Staat der undynamische. Bei der Betrachtung der durchschnittlichen Staatsquote und des durchschnittlichen Wachstums ergibt sich aber kein eindeutiger Zusammenhang. Mein Befund lautet, dass unterschiedliche Modelle des Staates machbar sind, also die Globalisierung eben nicht einen bestimmten Minimal- oder Magerstaat einfordert, sondern dass in dieser globalen Welt ganz unterschiedliche Modelle nebeneinander existieren können und wettbewerbsfähig sind. Im Grunde kann sich die Gesellschaft überlegen, welchen Typus von Staat sie für sich am besten findet.

*Vergleich Staat
mit Hotel-
kategorien*

Auch aus Sicht der Unternehmen sind unterschiedliche Modelle wettbewerbsfähig. Man kann sich das so vorstellen: In einer Stadt bestehen nebeneinander verschiedene Sterne-Hotels. Niemand würde auf die Idee kommen, dass im Wettbewerb nur das Zwei-Sterne-Hotel erfolgreich ist. Jedes dieser Hotelmodelle bietet eine bestimmte Leistung und sie sind nebeneinander wettbewerbsfähig. Es gibt Staaten, die relativ viele öffentliche Güter anbieten, dafür müssen sie auch hohe Steuern verlangen. Und es gibt Staaten, die sehr billig sind (wenig Steuern verlangen). Es muss eben immer das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmen. Nicht kompatibel ist ein Spitzensteuersatz von 25 Prozent – wie in Deutschland zur großen Begeisterung meiner Landsleute vorgeschlagen wurde – mit der Beibehaltung des „Vier-Sterne-Hotels Deutschland“. Denn das ist, wie die Preislisten zeigen, der Preis des „Hotels Lettland“ (Spitzensteuersatz 25 Prozent), was aber Zwei-

Sterne-Hotels entspricht. Das hören die Leute nicht so gerne, denn die wollen zum Preis eines Zwei-Sterne-Hotels das Angebot eines Fünf-Sterne-Hotels.

Die Politiker müssen sich und ihre Bürger einfach fragen: „Was ist mein Modell, das den Präferenzen meiner Bürger/-innen entspricht und bei dem auch das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt?“ Sonst sind die Bürger/-innen unzufrieden.

4.2. Staatlicher Handlungsbedarf

Globalisierung führt dazu, dass sich viele Menschen auf der Schattenseite dieser Globalisierung befinden. Der Staat hat die zentrale Aufgabe, dass möglichst wenige Leute auf der Schattenseite stehen, möglichst viele von der Globalisierung profitieren. Andernfalls fehlt die politische Mehrheit für die Globalisierung, und es kommen Parteien, die die Grenzen dicht machen wollen. Das ist auch logisch. Denn wenn die Globalisierung nichts bringt, dann braucht man sie auch nicht. Würde unser Wohlstand tatsächlich verloren gehen, weil wir mit China Außenhandel betreiben, müsste der Handel mit diesem Land gestoppt werden.

*Globalisierung
muss Wohlstand
möglichst vieler
Menschen
vermehrten*

Die zentrale Aufgabe der Politik besteht deshalb darin, den Prozess der Globalisierung so zu gestalten, dass sie den Wohlstand möglichst vieler Menschen vermehrt. Welche Modelle gibt es dafür? Es sind drei Elemente, die zu diesem Ansatz gehören: Mindestlöhne, negative Einkommensteuer und Bildung.

Mindestlöhne sind international ein verbreitetes Instrument, das dafür sorgt, dass der durch die Globalisierung ausgelöste Druck auf Menschen mit geringer Qualifikation nicht zur Verarmung führt. Die Mindestlöhne sind in der Regel so konzipiert, dass sie für einen vollzeitbeschäftigten Ledigen einigermaßen ausreichen, sein Existenzminimum zu sichern. Das ist die Bemessungsgrundlage von Mindestlöhnen, die es

*Instrument:
Mindestlöhne*

in vielen europäischen Ländern gibt. Auch in den USA. In Deutschland, einem der wenigen Länder ohne Mindestlöhne, wird im Moment eine sehr ideologisch geprägte Diskussion darüber geführt. Neben einem allgemeinen Mindestlohn gibt es auch noch das Modell der allgemeinen Verbindlichkeit von Tariflöhnen, das auch in Österreich praktiziert wird. Mindestlöhne oder die Allgemeinverbindlichkeit sind die Praxis der meisten Länder.

*kein
Befund, dass
Mindestlöhne
Arbeitslosigkeit
fördern*

Viele meiner Kollegen in Deutschland sagen, dass Mindestlöhne vor allem bei Geringqualifizierten zu Arbeitslosigkeit führen. Interessant ist dieser Befund: Deutschland, das nach unten eigentlich fast freie Löhne hat, hat die höchsten Probleme bei Geringqualifizierten. Wir haben in Deutschland Tarifverträge unter 4 Euro die Stunde. Den Rekord hält das Friseurhandwerk in Brandenburg bei 2,75 Euro die Stunde. Wir sind das Land mit der größten Lohnflexibilität, und trotzdem haben wir die höchste Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten. Es gibt also überhaupt keinen Grund zu vermuten, dass Mindestlöhne Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten fördern. Der Befund der meisten Länder ist ein sehr guter.

Abbildung 2: Kein Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und der Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten



Das zweite wirtschaftspolitische Element ist die negative Einkommensteuer. Auch das wird in vielen Ländern gemacht. Es ist logisch und eigentlich ganz normal, dass, wenn jemand einen ganzen Tag arbeitet und trotz Mindestlohn nicht über die Runden kommt, der Staat noch etwas drauflegt. In der Regel macht man das so, dass der Staat einen Teil der Sozialabgaben übernimmt. In Deutschland kämpfen wir da im Augenblick. Zusammen mit Ulrich Walwei habe ich ein Modell der negativen Einkommensteuer entwickelt, das unter dem Namen des Erwerbstätigen-Zuschusses diskutiert wird.

*negative
Einkommen-
steuer*

Das dritte Element, welches ich für das wichtigste halte, ist, dass Staaten möglichst viel in die Bildung investieren. Das ist die Voraussetzung dafür, dass möglichst wenige Leute zu den Verlierern gehören. Die Geringqualifizierten sind meistens die mit den schlechten Karten. Da muss möglichst viel getan werden, um möglichst wenige Menschen in dieser Position zu haben. Deswegen ist der Sozialstaat heute auch breiter zu sehen. Nicht nur das, was an Sozialtransfers geleistet wird, ist Sozialstaat, sondern insbesondere auch die Bildungspolitik ist Sozialstaat. Es ist beunruhigend, dass sich Deutschland eine Vernachlässigung der Zukunft leistet. Der Anteil der Hochschulabsolventen ist in Österreich und Deutschland viel zu gering. Wir trösten uns in Deutschland damit, dass wir dafür eine besonders gute Lehrlingsausbildung haben. In der Globalisierung braucht man aber neben gut ausgebildeten Lehrlingen vielleicht doch mehr Universitätsabsolventen als in Deutschland und Österreich im Augenblick hervorgebracht werden.

*Investitionen in
Bildung*

Zum Thema Gesamtschule: Dass 8- oder 9-Jährige schon unter einen Selektionsstress gesetzt werden, ist schwer nachvollziehbar. Es ist absurd, dass man in dieser Phase Entscheidungen trifft, die existenziell sind. Deswegen ist der Druck natürlich sehr groß. Ich habe eine große Sympathie für die Gesamtschule und auch für Ganztageschulen.

Gesamtschule

4.3. Das skandinavische Modell

*Einsicht, dass
gewisser
Standard auch
bezahlt werden
muss*

Das skandinavische Modell zeichnet sich durch viele Vorteile aus: ein hohes Bildungsniveau, eine hohe soziale Durchlässigkeit, eine geringe Ungleichheit, im Grunde sehr glückliche Bürger/-innen, eine hohe Innovationstätigkeit und damit auch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit. Wenn man dieses Modell will, muss man als Bürger/-in aber auch bereit sein, dem Staat ausreichend Geld zu geben. Man muss das vielleicht ein wenig so sehen wie Haushaltsgeld. In Deutschland ist der Staat ja so etwas wie ein Monster. Wir haben häufig eine feindliche Stellung dem Staat gegenüber. In Skandinavien wird viel mehr erkannt, dass man für einen gewissen Standard auch bezahlen muss. Der Nationalstaat kann in dieser Globalisierung sehr viel machen, und die skandinavischen Länder zeigen, dass es geht.

5. Internationale Kooperation

*Finanzmärkte
zeigen Grenzen
des National-
staates auf*

Es gibt Themenbereiche, wo der Nationalstaat seine Grenzen hat. Die Probleme auf den Finanzmärkten sind ein klares Beispiel dafür, dass wir zu wenige globale multilaterale Lösungen haben. Wir haben das Problem, dass die Finanzmärkte perfekt internationalisiert sind. Eigentlich bräuchten wir eine globale Finanzmarktaufsicht, zumindest eine einheitliche europäische. Das Regelwerk der Finanzmarktaufsicht Europa mit den vielen Komitees und Gruppen ist völlig unübersichtlich. Wir haben keine globale Währungsordnung – mit dem Ergebnis, dass die Clevereren sich den Wechselkurs so manipulieren, wie sie ihn brauchen. China und Japan sagen: „Es gibt keine Regel und darum machen wir das, was für uns gerade am besten ist.“ Globale Regeln gab es in der Nachkriegszeit. Heute haben wir sehr viel globalere Finanzmärkte, und trotzdem macht jeder, was er will. Im Grunde haben wir eine Art Anarchie, die jene gut finden, die stark sind – die USA zum Beispiel. Wenn der Dollar zu stark wird, intervenieren die USA. Wir haben in Europa die vornehme Zurückhaltung: „Das ist alles Markt – da kann man nichts machen.“ Nationalstaat ist wichtig, aber es gibt auch

Bereiche, wo wir globale Kooperationen brauchen. Neben den Finanzmärkten auch in Bezug auf Umwelt und Soziales.

Ich könnte mir vorstellen, dass bei der Welthandelsordnung auch die Umweltstandards berücksichtigt werden oder dass Produkte eines Landes nur dann zugelassen werden, wenn das Land gewisse Umweltstandards erfüllt. Wenn China einen unglaublich hohen Leistungsbilanzüberschuss hat, dann sollte es auch zum Weltklima beitragen und für ordentliche Umwelttechnologien und Filteranlagen sorgen. China könnte sich eine große Umweltinitiative leisten. Zwischen Umweltpolitik und Welthandelsordnung sollten Links hergestellt werden. Und es sollten soziale Standards – bezüglich Kinderarbeit, Freiheit von Gewerkschaften usw. – vorausgesetzt werden.

*Berücksichtigung
von Umwelt-
standards bei
Welthandels-
organisationen*

6. Wir leben unter unseren Verhältnissen

Die Verschuldung der privaten Haushalte in den USA war exzessiv. Der amerikanische Haushalt hat sich bis zuletzt im Durchschnitt mit sechs Prozent seines laufenden Einkommens neu verschuldet. Der deutsche Haushalt hingegen spart acht Prozent seines Einkommens. Die Differenz sind 14 Prozentpunkte zwischen dem deutschen und amerikanischen Haushalt. Das Unter-den-Verhältnissen-Leben lässt sich ablesen am Leistungsbilanzüberschuss, der bedeutet, dass ein Land global weniger ausgibt, als es global einnimmt. Österreich hat einen kräftigen Leistungsbilanzüberschuss, Deutschland auch. Das sind Länder, ähnlich wie China oder Japan, die ihr Geld zurückhalten. Mit solchen Ländern kann man keine dynamische Weltwirtschaft betreiben. Sie nehmen viel ein, geben aber deutlich weniger aus. Im Grunde muss man den USA – bei allem Kritischen – auch dankbar sein, denn in der Weltwirtschaft braucht es jemanden, der ausgibt. Die USA haben als Volkswirtschaft im letzten Jahr 800 Milliarden mehr ausgegeben, als sie eingenommen haben.

*individuelle
Sicherung hat
ihre eigenen
Bremseffekte*

Österreich hat eine relativ hohe Sparquote. Das Problem ist – ähnlich wie in Deutschland –, dass die staatlich gesicherte Altersvorsorge deutlich zurückgenommen wird, weswegen die Notwendigkeit besteht, mehr zu sparen. Hier besteht das Problem, dass die kollektive Sicherung zu sehr abgebaut und daher individuelle Sicherung aufgebaut wird – und individuelle Sicherung hat ihre eigenen Bremseffekte.

Es ist ganz klar, dass gerade für die weltwirtschaftliche Dynamik der letzten Jahre das Geld eine zentrale Rolle gespielt hat, insbesondere die Zinspolitik der amerikanischen Notenbank. Im Jahr 2004 – als die US-Wirtschaft noch blendend lief – belief sich das Zinsniveau auf ein Prozent. Die amerikanische Notenbank hat das Klima an den Weltfinanzmärkten ins Tropische verschoben. Mit dem Ergebnis, dass sich auch allerhand tropische, exotische Produkte und damit verbundene Krankheiten breitgemacht haben. Wenn man das alles ein wenig mitteleuropäischer temperiert hätte, wäre es nicht so gekommen. Zunächst haben die USA dazu beigetragen, dass die Weltwirtschaft im letzten Jahr gut gelaufen ist. Die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen leben ja davon, dass die anderen Dampf machen. Deswegen muss man in dieser Weise den USA dankbar sein, denn wenn sie nicht so agiert hätten, dann wäre die Weltwirtschaft bei Weitem nicht so gut gelaufen. Wir hätten uns selber überlegen müssen, wie wir unsere Binnenwirtschaft wieder mehr in Schwung bringen. In den letzten drei, vier Jahren war das Geld ganz zentral, für die langfristigen Trends (1980 bis heute) war es allerdings weniger bedeutsam.

*mehr Binnen-
dynamik
schaffen*

Wir müssen es schaffen, dass sich mehr Binnendynamik entfaltet. Die Voraussetzungen sind gut: Unsere Arbeitslosigkeit in Deutschland ist deutlich zurückgegangen – fast 1,5 Millionen Arbeitslose weniger als bei der Spitze im Jänner/Februar 2005. Die Menschen fühlen sich sicherer, unsere Reallöhne steigen auch allmählich. Aber es herrscht die etwas pathologische Situation, dass wir in Deutschland einen Aufschwung haben, aber der private Verbrauch zurückgeht. Ein

Wachstum des Verbrauchs von zwei bis drei Prozent wäre normal. Trotz guter Voraussetzungen gibt es den großen Unsicherheitsfaktor, dass die bestehenden Möglichkeiten nicht genützt werden.

Ein weiteres Problem ist die Finanzpolitik, da wir in Europa diesen Hebel abgeschafft haben. Die USA hatten im Jahr 2000 einen Budgetüberschuss von etwa einem halben Prozent, 2001 ein Defizit von vier Prozent. Im Euroraum hingegen ist während des internationalen Abschwungs einfach gar nichts passiert. Hier ist die aggregierte Fiskalpolitik abgeschafft. Jedes Land schaut nur auf seine nationale Drei-Prozent-Defizit-Grenze. Was insgesamt herauskommt, das interessiert keinen – das kennt nicht einmal jemand. Das zentrale Problem, wieso der Euroraum so lange gebraucht hat, bis er 2001 wieder in Fahrt gekommen ist, ist nicht die EZB. Sondern dass die Fiskalpolitik diesen Impuls nicht gesetzt hat, der in anderen Räumen gesetzt worden ist. Deshalb müsste dringend in diesem Stabilitäts- und Wachstumspakt auch die aggregierte Entwicklung fokussiert werden. Durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt haben wir jetzt nur noch die nationale Perspektive. Länder, die eigentlich das Richtige machen, werden dann auch noch bestraft.

*Gesamt-
strategie fehlt*

7. Wohlstand für alle

Ludwig Erhard hat in den 1950er-Jahren das Buch „Wohlstand für Alle“ geschrieben. Ich bin davon überzeugt, wenn wir wollen, dass die Globalisierung bestehen bleibt, geht das nur, wenn wir die Globalisierung so gestalten, dass sie für alle Wohlstand bedeutet. Aus meiner Sicht sind die Mechanismen da, die Verfahren sind da, der nationale Staat kann es machen. Es gibt keinen Grund, den Sozialstaat der Globalisierung zu opfern.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at